

## In dieser Ausgabe:

- 2 „Was sind Ghettos?“ An Buschkowsky aus Whitechapel
- 4 Altersarmut trotz Berufstätigkeit?
- 5 Afghanistan: „Dieser Krieg produziert Terroristen“
- 7 „Steh' auf Arthur, heute ist Revolution!“, Momentaufnahmen der deutschen Revolution 1918/1919

## Wer zahlt für die Krise?

Die Bankenkrise erschüttert die internationalen Finanzmärkte. Die Industrieländer schlittern in die Rezession. Wir erleben gegenwärtig die schwerste Wirtschaftskrise der letzten Jahrzehnte. Schwindelerregend hohe Milliardenbeträge werden von der Bundesregierung aus Steuergeldern zur Unterstützung der Kapitalbesitzer bereitgestellt. Das bedeutet: Die Kosten der Krise sollen vor allem von den Arbeitenden bezahlt werden. Das fordert den Widerstand der Arbeitenden und ihrer Gewerkschaften heraus.

DIE LINKE fordert angesichts der Krise ein Sofortprogramm zur Stärkung der Binnennachfrage: Für einen deutlichen Anstieg der Einkommen wird DIE LINKE die Gewerkschaften in anstehenden Tarifkämpfen unterstützen. Der Niedriglohnsektor muss durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8 Euro sofort, der in schnellen Schritten auf 10 Euro steigt, trockengelegt werden. DIE LINKE fordert die Anhebung von Arbeitslosengeld II auf 435 Euro und Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut.

DIE LINKE fordert ein Zukunftsinvestitionsprogramm in der Größenordnung von 50 Milliarden Euro! Wir brauchen 25 Milliarden Euro mehr für Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen. Weitere 25 Milliarden Euro sind für Investitionen in die Infrastruktur vorzusehen, damit Gebäude, Brücken, Straßen, das Abwassersystem und vieles andere wieder in Ordnung kommt.

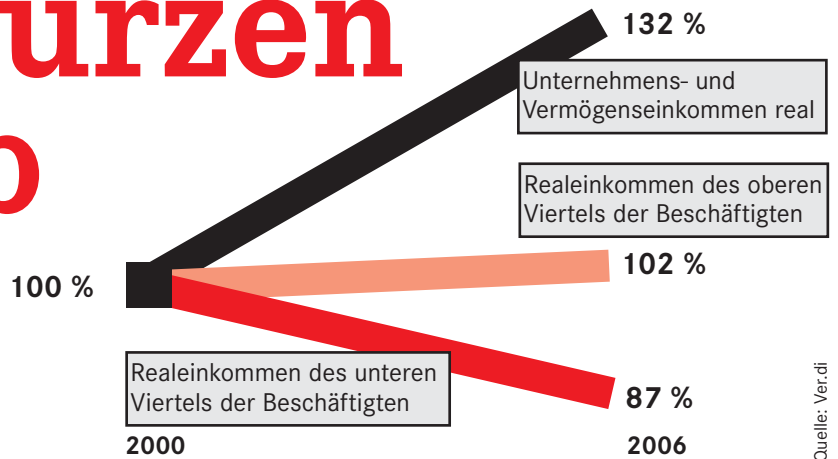
Wer nicht für den Zusammenbruch des Turbo-kapitalismus zahlen will, der muss sich dagegen wehren; mit den LINKEN und mit den Gewerkschaften. Kämpfe mit!

Klaus-Dieter Heiser,  
Mitglied im Bezirksvorstand DIE LINKE. Neukölln

# DIE LINKE.

Bezirksverband Neukölln

# Niedriglöhne stürzen ab



Quelle: Verdi

## Minus 13 Prozent bei den Stundenlöhnen in sechs Jahren – preisbereinigt. So die Bilanz für die Beschäftigten im unteren Viertel der Einkommenspyramide.

Die durchschnittlichen Stundenlöhne sanken von 7,23 Euro im Jahr 2000 auf 6,84 Euro 2006. Selbst das „obere Viertel“ der Beschäftigten konnte sich über die Jahre nur leicht verbessern, im Schnitt um gut zwei Prozent – unter Berücksichtigung der Inflation. „Der Aufschwung kommt bei den Menschen an.“ Sagt Kanzlerin Merkel. Bei einigen stimmt das auch: Die Gewinne und Vermögens-

einkommen sind um 45 Prozent gestiegen, preisbereinigt um über 30 Prozent.

Die immer krassere soziale Spaltung der Gesellschaft ist politisch gewollt: Rot-Grün und Schwarz-Rot machten den Weg frei für immer mehr Leiharbeit, Befristungen, Minijobs, Ein-Euro-Jobber und sozial ungesicherte Scheinselbstständige. Durch Hartz IV mit Fortfall des Zumutbarkeitsschutzes wird Lohndrückerei vorangetrieben. Für Unternehmen und Vermögende dagegen gab es großzügige Steuersenkungen. Schon 22 Prozent der Beschäftigten müssen im Niedriglohnbereich arbeiten. Der Trend zu immer mehr Lohndumping muss gestoppt werden. Vor allem durch einen gesetzlichen Mindestlohn, der von acht in schnellen Schritten auf zehn Euro steigt.



Foto: attac

Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an. Da sagt der Arme bleich: „Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.“ Mitglieder der Berliner Attac-Gruppe gegen die Agenda 2010 haben die Kernaussage dieses Brechtzitats auf weiße T-Shirts geschrieben. Für jeden deutlich lesbar, stellen sie sich vor die Nobellokale dieser Stadt. Um die Milliardenprofite der Konzerne zu realisieren, müssen sich die abhängig Beschäftigten mit stagnierenden, niedrigen Löhnen zufrieden geben, oft sogar als Hartz IV-Empfänger überhaupt auf Beschäftigung verzichten.

# Vorsicht Falle!

**Änderungen in der Sozialgesetzgebung kann zu finanziellen Problemen führen. Darüber informiert Sylvia Stelz.**

**M**it Einführung der „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ („Arbeitslosengeld II“) zum 1. Januar 2005 schuf der Gesetzgeber auch das Instrument des „Kinderzuschlages“. Damit soll den Eltern und Elternteilen, deren Einkommen und Vermögen zwar ausreicht, ihren eigenen Lebensunterhalt sicherzustellen, aber nicht hoch genug ist, um auch den Lebensunterhalt ihrer kindergeldberechtigten Kinder zu decken, eine Möglichkeit gegeben werden, ihr Einkommen so zu ergänzen, dass sie nicht hilfebedürftig im Sinne der Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG II) sind.

Am 1. Oktober 2008 wurden die Einkommensgrenzen für den Bezug des Kindergeldzuschlages gesenkt, so dass mehr Familien antragsberechtigt sind.

Das ist zum einen positiv zu werten, setzt aber zum anderen eine bürokratische Maschinerie in Bewegung. Die sogenannten „Aufstocker“, das sind die Bedarfsgemeinschaften, die so wenig Geld verdienen, dass sie zusätzlich ALG II beantragen müssen, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, bekommen ein Problem. Sie rutschen in ein anderes „Hilfesystem“, da immer die Inanspruchnahme der vorrangigen Leistungen zählt.



Aus dem  
Neuköllner Rathaus

Vignette: Franz Zauleck

Konkret passiert folgendes: Das JobCenter teilt ihnen mit, dass sie keinen Anspruch mehr auf den Aufstockungsbetrag haben und sie stellen die Zahlungen ein. Die betroffenen Familien, sehr oft Alleinerziehende, müssen jetzt Wohngeld beim Wohnungsamt und den Kindergeldzuschlag bei der Familienkasse beantragen.

Es kommt zwar letztendlich etwas mehr Geld dabei heraus, aber der Zeitraum, bis die neuen „Bezugsquellen“ die ersten Zahlungen leisten, sind nicht gerade kurz. Zwar sollen diese Anträge schneller und bevorzugt bearbeitet werden, aber wie lange es wirklich dauert, weiß niemand. Der Antragsstau z. B. beim Wohnungsamt liegt derzeit bei ca. 4 Monaten.

Die JobCenter sind angehalten über die neuen Regelungen zu informieren, aber nicht jeder kann mit dem Hinweis auf die „vorrangigen Leistungen“ etwas anfangen. Auf Nachfrage beim Neuköllner JobCenter, zuckte man mit den Schultern. Sie fühlten sich nicht verpflichtet die Bürger ausreichend und umfassend zu informieren, obwohl sie dazu verpflichtet sind.

*Sylvia Stelz ist Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung*

## Zweite Neuköllner Kommunalpolitische Tagung Anfang 2009

**Nachdem die Auftaktveranstaltung im April mit rund 30 Teilnehmern ein schöner Erfolg wurde, bereiten die Neuköllner LINKEN eine weitere Tagung vor.**

**D**iesmal werden - neben ausgewiesenen Linken - auch Vertreter Neuköllner Initiativen, der Gewerkschaften und Fachleute als Referenten eingeladen.

Die Themenkomplexe sollen sein:

- Arbeit, Soziales und Gesundheit
- Bildung, Jugend und Kultur
- Stadtplanung, Grün, Verkehr.

Dabei sollen problematische Entwicklungen im Bezirk aufgegriffen werden, bevor sie uns überrollen. Es sollen Lösungsansätze erarbeitet und zugleich überlegt werden, wie sie umgesetzt werden können.

Wegen der dichten Terminfolge im Herbst hat sich die Vorbereitungsgruppe entschlossen, die Tagung auf den Anfang des nächsten Jahres zu legen. Zunächst sei auf die kommunalpolitischen Veranstaltungen zur sozialen Lage in Neukölln am 29. Oktober und zur Umgestaltung der Karl-Marx-Straße im Dezember hingewiesen.

*Marlies Fuhrmann,  
Basisorganisation Hermannstraße der LINKEN*

## „Was sind Ghettos?“ Antwort aus Whitechapel an den Neuköllner Bürgermeister Buschkowsky

**„Prävention mit Repression“ lautet des Rezept, das Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky nach seinem Städtetrip nach Rotterdam und London verkündete. Besonders heftig kritisierte er den Londoner Stadtteil Whitechapel als „völlig verwahrlosten Stadtteil“. Aus Whitechapel bekam „Neu-Köllnisch“ eine Stellungnahme.**

**I**ch bin stolz auf Whitechapel – als Brite aus Bangladesch, als Gewerkschafter, als politischer und Gemeindeaktivist und als Künstler. Whitechapel ist nicht Kabul, sondern das moderne London, mit einer großen kulturellen Mischung und sozialer Solidarität.

Whitechapel ist der Ort, wo der moderne Sozialismus geboren wurde und die Gewerkschaften in Großbritannien ihren Anfang nahmen; wo die moderne Frauenrechtsbewegung begann

und wo sich die Armen Ende des 19. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erhoben, um ihre Würde als menschliche Geschöpfe wiederzugewinnen.

Whitechapel war immer ein Ort, an dem die Armen Londons gelebt haben, und immer Seite an Seite mit Einwanderern: den Hugenotten, den Juden und jetzt den Bangladeschern. Die Stadtverwaltung und die britische Regierung haben bei der Bekämpfung von Armut versagt. London weist mitunter sogar die höchsten Armutsraten des Landes auf, und Whitechapel ist besonders betroffen.

Die Reichen haben immer die Armen für ihre Armut verantwortlich gemacht – besonders in London, wo es enormen Reichtum gibt. Die marktorientierte Politik von New Labour hat die Kluft zwischen Reich und Arm noch vergrößert, sogar schlimmer als unter Margaret Thatcher. Whitechapel liegt im Schatten des Bankenviertels von London und des Büro- und Geschäftsviertels Canary Wharf, wo tagtäglich Milliarden Dollar in Umlauf sind und Börsenspekulanten sich selbst Millionen Dollar als Belohnung auszahlen.

Ich arbeite in der Gemeindeverwaltung von Tower Hamlets (Whitechapel ist einer der Bezirke von Tower Hamlets), wo fast 50 Prozent der Arbeitskräfte von ethnischen Minderheiten abstammen. Im ganzen öffentlichen Dienst in diesem Gebiet ist das Verhältnis ähnlich. Aber im Bankenviertel und auf Canary Wharf gibt es kaum eine Vermischung, und Kinder von Zuwanderern sind ausgeschlossen oder es wird ihnen vermittelt, dass sie nicht willkommen sind.

Die echten Ghettos hier sind die Ghettos der Reichen, wo der Wohlstand auf eine sehr kleine Gruppe von Leuten beschränkt ist, Einwanderer wie Nichteinwanderer. Und das ist die Ursache für Armut.

Whitechapel ist die Zukunft Londons, denn hier gibt es Solidarität und Kampf für soziale Gerechtigkeit in einer der reichsten Städte der Welt.

*Hussain Ismail ist politischer Aktivist in Whitechapel, er arbeitet für die Gewerkschaft in der Gemeindeverwaltung und befasst sich als Schriftsteller vor allem mit dem Thema London.  
Übersetzung: Rosemarie Nünning*

# Armut-Alarm in Neukölln



Foto: KDH

## Die soziale Lage in Neukölln ist bitter ernst, es ist schon 5 nach 12. Die Armut steigt in Berlin rasant.

**D**ies belegen sowohl der „Sozialatlas 2007“ als auch eine Studie der Humboldt-Universität. Jeder vierte Erwerbstätige ist in Berlin Geringverdiener; jeder Fünfte ist auf Hartz IV oder andere staatliche Zuschüsse angewiesen. Jedes dritte Kind wächst inzwischen in einem Hartz IV-Haushalt auf. Besonders schlimm trifft es den Neuköllner Norden. Die Gutacher von der Humboldt-Universität um Professor Häußermann sprechen von „alarmierenden Untersuchungsergebnissen“.

## Spaltung in Arm und Reich hat sich verschärft

Laut einer dieser Studien hat sich 2006 die soziale Lage gegenüber dem Vorjahr weiterhin verschlechtert. Dabei liegen ein Drittel aller sozialen Brennpunkte Berlins in Neukölln. Rund zwei Drittel der Menschen leben hier heute in prekären Verhältnissen, die Hälfte sogar am Rande der sozialen Ausgrenzung. Während im Norden die sozialen Verwerfungen immer größer werden, scheint die Lage im Süden von Neukölln (Rudow, Bukow) noch relativ stabil zu sein. Der Abwärtstrend hat sich aber mittlerweile auch auf den Britzer Norden ausgedehnt.

Sollte sich der negative Trend weiterhin verfestigen, dann sind in 10 bis 15 Jahren drei Vier-

tel aller Neuköllner von sozialer Ausgrenzung bedroht. Aus Erfahrung weiß man, dass sich Probleme dort weiter verdichten, wo sie bereits sind. Das Bezirksamt Neukölln und die Berliner Landesregierung müssen also dringend eingreifen.

## Wie sieht es in Neukölln im Einzelnen aus?

Soziale Ausgrenzung kann anhand verschiedener statistischer Merkmale wie Arbeitslosigkeit, Migrationshintergrund, Mobilität, Kinderarmut oder Jugendkriminalität erkannt werden. Was Neukölln betrifft, so lebt hier etwas mehr als die Hälfte (151.000) im problembeladenen Norden. 65 Prozent dieser Bevölkerung liegt mit ihrem Einkommen unter der Armutsgrenze und jeder zweite Nord-Neuköllner hat einen Migrationshintergrund (75.000). Die Mehrheit der Einwanderer kommt aus der Türkei und aus arabischen Ländern.

Außerdem muss fast jeder Zweite von Arbeitslosengeld oder sonstigen Transferleistungen leben. Langzeitarbeitslosigkeit hat sich in den

ten (Stand 2006) und knappe Haushaltskassen haben wohl zu Zuzügen, während das soziale Umfeld wohl zu Wegzügen geführt haben.

Die Kinderarmut ist erschreckend gestiegen, in einem Zeitraum von nur fünf Jahren von 19 Prozent auf beinahe das Dreifache, in einigen Teilen des Neuköllner Nordens sogar auf über 73 Prozent. Sehr schlimm ist auch die Lage für die Jugendlichen: Jedes Jahr verlassen 70 Prozent der Schüler aus Neukölln die Schule ohne oder nur mit einem Hauptschulabschluss. Gut 60 Prozent der unter 25-Jährigen beziehen Hartz IV und in Neukölln ist die Zahl der jugendliche Intensivstraftäter sehr hoch, was ebenfalls den sozialen Frieden bedroht.

## Was ist zu tun?

Die Quartiersmanagementgebiete müssen auf den gesamten Neuköllner Norden und die Gropiusstadt ausgedehnt werden. Außerdem sind alle Schulen im Norden von Neukölln zu Ganztageschulen, am besten zu Gemeinschaftsschulen, umzuwandeln. Kinder mit „nichtdeutscher Muttersprache“ brauchen schon im Kindergarten und dann besonders in

## Wie können wir das Leben in Neukölln verbessern?

### Podiumsgespräch

zum sozialen Brennpunkt Neukölln mit  
Senatorin Dr. Knake-Werner (DIE LINKE)

Prof. Dr. Häußermann (Stadt-, Regionalsoziologe)

29. Oktober, 19 Uhr, im Rathaus Neukölln

Problemstadtteilen verfestigt. Besonders unter den Migranten nahm die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren stark zu. Da verwundert es kaum, dass Neukölln mit 22 Prozent Verschulungsquote an der traurigen Spitze der BRD liegt.

Weiter stellten die Forscher für den Neuköllner Norden fest, dass mehr deutsche Staatsangehörige weg ziehen als zuziehen, bei den ausländischen Mitbürgern ist es hingegen umgekehrt. Die noch vergleichsweise günstigen Mie-

der Grundschule intensive Sprachförderung.

Für die Menschen ohne Arbeit aus Neukölln müssen für den Anfang 1.000 Stellen zu Mindestlohnbedingungen im Öffentlichen Beschäftigungssektor geschaffen werden. Für Jugendliche ohne Lehrstelle müssen überbetriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden.

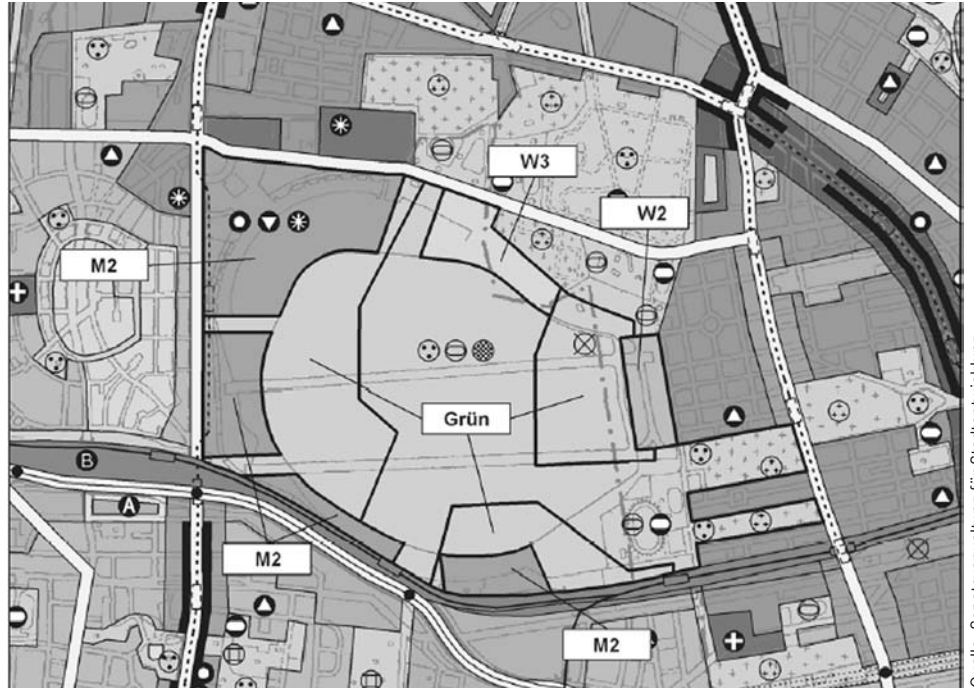
Klaus-Peter Dauks, Mitglied des  
Bezirksvorstands der LINKEN in Neukölln

DIE LINKE Berlin-Neukölln

# Tempelhof: Einmischen ist notwendig



Am 30. Oktober ist Grund zum Feiern. Letzter Flug 21.50 Uhr! Die Bürgerinitiative BIFT feiert im Interkulturellen Eltern- und Kinderzentrum am Tower, 19 Uhr Die BO Hermannstraße der LINKEN ist dabei.



Neu im Entwurf des Flächennutzungsplans: Der Bereich des denkmalgeschützten Flughafenensembles am Platz der Luftbrücke, entlang des Tempelhofer Dammes und nördlich des S-Bahnringes, wird gemischt als Baufläche M2 dargestellt. Damit bieten sich Entwicklungsmöglichkeiten für unterschiedliche Nutzungen. Die Wohnbaufläche W2 im Bereich Oderstraße/Schillerpromenade wird zurückgenommen und stattdessen das Stadtgefüge am Columbiadam ergänzt und als Wohnbaufläche W3 dargestellt.

**Wenige Wochen vor Beendigung des Flugbetriebs auf dem Tempelhofer Feld hat der Senat einen neuen Entwurf des Flächennutzungsplans (FNP) vorgelegt.**

Die Darstellungen des FNP wurden entsprechend dem Konzept „Zukunft Tempelhofer Feld“ aktualisiert. Kern der Darstellung ist der zentrale stadtklimatisch bedeutsame Grünraum und dessen Anbindung an die umgebenden Stadtquartiere. Um die zentrale Parklandschaft Tempelhof sind als Nutzungsziel zwei Stadtquartiere mit Wohnnutzungen sowie auf den westlichen und südlichen Teilflä-

chen die Entwicklung von Gewerbe- und Dienstleistungsquartieren vorgesehen.

Die Planungsbegründung stößt nicht nur auf Zustimmung. Besonders die „Aufwertung“ des Bereichs Oderstraße/Schillerpromenade ruft bei Mieterinnen und Mietern Befürchtungen hervor. Wie wird sich dieses Planungsziel auf ihre Miethöhe auswirken? Wird es einen Verdrängungsprozess geben, bei dem sie ihr bisheriges Wohngebiet verlassen müssen, ähnlich

wie es in Teilen der Innenstadtbezirke Prenzlauer Berg und Friedrichshain zu beobachten ist? Deshalb ist die Anschlussbebauung auf dem Tempelhofer Feld an der Oderstraße bei den Anwohnern umstitten.

DIE LINKE hat ein Kompetenzteam gebildet, das sich in der weiteren Debatte um das Tempelhofer Feld zu Wort melden wird. Genauso notwendig ist, dass sich die Bürgerinnen und Bürger vor Ort einmischen.

## Altersarmut trotz Berufstätigkeit?

**DIE LINKE will Altersarmut verhindern**

**Petra Vogel (50, ledig) ist berufstätig, trotzdem muss sie mit Armut im Alter rechnen.**

Sie arbeitet in einer großen Gebäudereinigungsfirma. Unternehmen in dieser Branche zahlen schlecht. Petra Vogel lebt von rund 1.000 Euro netto im Monat.

Wenn Petra Vogel in Rente geht, wird sie, wie viele Beschäftigte, keine 45 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben. Die Angst vor Armut im Alter greift um sich. Wer ein Leben lang nur Dreiviertel des Durchschnittslohns (etwa 1 900 Euro brutto) erhält, bekommt später nicht mehr Rente als Grundsicherung, das ist die Sozialhilfe im Alter.

Denkt Frau Vogel an ihr Alter, kräuselt sich ihre Stirn. „Ich werde wohl am Bettelstab landen“, sagt sie, halb lachend, halb resigniert. „Ich gehe davon aus, dass ich in eine kleinere, billigere Wohnung umziehen muss.“ Von ihrem kleinen Gehalt sorgt Petra Vogel mit 50 Euro privat vor. Doch die 40 Euro Zusatz-Rente werden auf die Grundsicherung angerechnet.

**LINKE sorgt für 300 Euro mehr Rente**

Wir haben nachgerechnet: Nach geltendem Recht bekäme Frau Vogel eine Brutto-Rente von 510 Euro, nach dem Renten-Konzept der Fraktion DIE LINKE 804 Euro. Wie ist das möglich?

Das Rentenmodell der Fraktion DIE LINKE

sieht vor, dass Ausbildungszeiten höher als bisher bewertet werden und das Prinzip »Rente nach Mindesteinkommen« auch für Versicherungszeiten nach 1991 gilt. Das bedeutet, dass bei Menschen, die weniger als 75 Prozent des durchschnittlichen Bruttolohns erhalten, die Rentenbeiträge um bis zu 50 Prozent angehoben werden.

Noch besser: Von dem Rentenmodell der Fraktion DIE LINKE würde nicht nur Petra Vogel profitieren: Wenn Zeiten der Kindererziehung und Ausbildung und Phasen der Arbeitslosigkeit und niedriger Einkommen höher bewertet werden, nutzt das Millionen von Bürgerinnen und Bürgern. Der entwürdigende Gang zum Sozialamt bliebe ihnen erspart.

## Dem Frieden eine Chance - Truppen raus aus Afghanistan

Am 20. September hat die Friedensbewegung in Berlin und Stuttgart gegen den Krieg in Afghanistan demonstriert. DIE LINKE war dabei, ebenso wie bei der Petition an den Bundestag: „Dem Frieden eine Chance - Truppen raus aus Afghanistan“. Der Truppeneinsatz soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung ausgeweitet und über den Termin der kommenden Bundestagswahlen 2009 hinaus beschlossen werden, um das Thema aus dem Bundestagswahlkampf herauszuhalten. Die Bundesregierung weiß genau, dass die Mehrheit der Bevölkerung den Bundeswehreinsatz ablehnt, weil „unsere Freiheit“ nicht am Hindukusch verteidigt wird.



Foto: Jan Maas

## „Dieser Krieg produziert Terroristen“

**Sabur Zamani, der Vorsitzende des Afghanischen Kommunikations- und Kulturzentrums zieht in seinem Gastbeitrag Bilanz des Krieges in seinem Heimatland.**

Über 29 Jahre Krieg und Völkermord in Afghanistan haben die Kriegsparteien nicht zu ihrem angeblichen Ziel geführt. Daher sind wir überzeugt, dass auch diese Kriege der so genannten Antiterror-Allianz auch nicht ihre angeblichen Ziele erreichen werden. Dieser Krieg produziert Terroristen und machte das Land und seine Völker zu Gefangenen der internationalen Terroristen und des Staatsterrorismus und internationale Geldmafia und Drogen-Mafia und Islamisten. Man kann keine Terroristenbande dadurch bekämpfen, dass man mit anderen terroristischen Banden paktiert.

Über fünf Millionen Flüchtlinge ohne Zukunft stehen vor dem Hungertod, weil Milliarden Dollar im Namen des Antiterrorkampfes ausgegeben werden und dieser Kampf tötet Unschuldige und hindert die Rückkehr der Millionen Flüchtlinge und produziert noch mehr Flüchtlinge. Statt Bombenterror gegen die Zivilbevölkerung sollte es ein Austrocknen der Zulaufquellen für Waffen und Geld der Taliban und anderen Parteien geben. Und die Entmachtung aller Mafiabanden, Kriegerverbrecher und Islamistenführer. Politisch und finanzielle Unterstützung aller demokratischen und Zivilkräfte und Persönlichkeiten und sorgen für ihre Sicherheit. Ehrliche Unterstützung aller Frauenorganisationen und Beteiligung der Frauen an der Regierung und im Entscheidungsgremium. Kein Einsatz der internationalen Soldaten in einem unsinnigen Krieg gegen die Zivilbevölkerung in Afghanistan. Kein deutscher Soldat zum Schutz der Drogenmafia und Warlords und Islamisten. Keine Macht den Taliban und andern Islamisten und Kriegerverbrechern.



Mehr als fünf Millionen Flüchtlinge zählen zu den Opfern des Krieges am Hindukusch. Der Krieg der USA und ihrer Verbündeten „gegen den Terror“ fordert täglich neue Opfer unter der Zivilbevölkerung.

Wir fordern Schutz der Menschenrechtsaktivisten und Journalisten, die kritisch berichten und sich für die Sicherheit und den Schutz der Zivilbevölkerung und für einen ehrlichen Aufbau Afghanistans einsetzen. Die letzte 29-jährige Geschichte Afghanistans zeigte, dass die Vereinigung aller Islamisten, Terroristen, Kriegerverbrecher und Warlords nicht zum Frieden und zur Sicherheit des Landes führt, sondern verschlimmert verschärft und macht Frieden und Sicherheit unmöglich und internationalen Terrorismus stärker.

Es soll der Entwicklung einer Kultur der Gewaltfreiheit und der Vernetzung aller Friedens- und Sozialbewegungen möglich gemacht werden und sie unterstützt werden. In Afghanistan sind nicht nur die Warlords und Islamisten, da sind viele andere, die seit über 30 Jahren immer wieder bewiesen, dass sie eine sehr gute Arbeit für Frieden und Sicherheit des Landes leisten. Sie müssen nicht ignoriert werden und ihnen muss geholfen werden.

Das Afghanische Kommunikations- und Kulturzentrum befindet sich in der Neuköllner Friedelstraße 10.

Weitere Informationen im Internet:  
<http://afghankultur.de>



Fotos: afghankultur

„Nieder mit den USA“ fordern Einwohner des Dorfes Azizabad in der Provinz Herat nach einem Luftangriff auf eine Hochzeitsgesellschaft. Getötet wurden 50 Kinder, 19 Frauen und acht Männer - Taliban waren nicht darunter.

# Mobilmachen gegen Nazis

Die Bedrohung durch faschistische Organisationen wie die NPD und andere nimmt auch in Neukölln zu.

Die neuen und alten Nazis können nur durch die aktive Mobilisierung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses zurückgedrängt werden.

Auf der Mitgliederversammlung der Neuköllner LINKEN am 5. September stand die Bündnispolitik im Kampf gegen neue und alte Nazis im Mittelpunkt der Debatte. Fazit: DIE LINKE.Neukölln setzt sich im Antifaschistischen Bündnis Neukölln (ABN) für eine gesellschaftliche breite und entschlossene Einheit im Kampf gegen alte und neue Nazis ein: All diejenigen, die zu einer gemeinsamen Mobilisierung gegen die Nazis



Foto: Franziska Lorenz-Hoffmann

Ob in Britz (unser Bild), Rudow oder im Neuköllner Norden: Naziaufmärsche und Veranstaltungen stoßen auf Protest. Das gilt auch für den von den Nazis für Anfang Dezember geplanten Aufmarsch in Neukölln.

bereit sind, sind dabei gleichberechtigte Partner, unabhängig von sonstigen politischen Positionen. DIE LINKE.Neukölln bemüht sich ausdrücklich um eine aktive Teilnahme insbeson-

re von Grünen und Sozialdemokraten, von Gewerkschaften und Glaubensgemeinschaften, von MigrantInnen und Flüchtlingen und ihren Organisationen.

# Stolpersteine erinnern an Neuköllner Arbeiterwiderstand

In Neukölln erinnern inzwischen 40 Stolpersteine an von den Nazis verfolgte Berlinerinnen und Berliner.

Am 12. und 13. September 2008 verlegte der Bildhauer Gunter Demnig 27 neue Stolpersteine, darunter die Metallplatten für die Neuköllner Widerständler Reinhold Hermann und Hugo Kapteina, Rudolf Peter und Willy Kolbe übernommen, die in der Weserstraße 54, der Gielower Straße 32C sowie der Sonnenallee 137 wohnten. **Wer waren die Vier?**

Sie gehörten zum Arbeiterwiderstand und wirkten 1943/44 in der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, einer der größten Widerstandsorganisationen aus der Endzeit der Nazi-Diktatur.

**Reinhold Hermann**, Buchdrucker, war seit 1918 Mitglied der Berliner SPD und im Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Verbandes und Betriebsrat. Zuletzt arbeitete er in der Druckerei des „Völkischen Beobachters“. Mit seiner Frau Emma stellte er die gemeinsame Wohnung für illegale Treffen zur Verfügung, beteiligte sich an der Herstellung von Flugschriften und gab diese an Arbeitskollegen weiter. Am 24. Juli 1944 wurde er verhaftet und vor Beginn der Hauptverhandlung wegen Vorbereitung zum Hochverrat nach Bayreuth transportiert. Er starb dort am 29. April 1945 im Zuchthausaußenlager Creußen an den Folgen des Haftransportes.

**Hugo Kapteina** schrieb als freier Mitarbeiter für mehrere Zeitungen und Zeitschriften, u.a. für



Hugo Kapteina



Reinhold Hermann



Rudolf Peter

Fotos: VVN-BdA

die „Welt am Abend“ und den „Simplizissimus“. Er sympathisierte mit der KPD ohne ihr anzugehören. Er war nach 1943 als Konstrukteur in der Firma Alkett in Berlin-Borsigwalde beschäftigt. Dort baute er eine Widerstandsgruppe auf, die sich an der Verbreitung illegaler Schriften und an der Störung der Kriegsproduktion des Betriebes beteiligte. Er unterstützte ausländische Zwangsarbeiter. Nach seiner Verhaftung am 22. Juli 1944 gelingt es ihm, aus der Untersuchungshaft zu fliehen. Im Februar 1945 erneut verhaftet, wurde er am 15. Februar 1945 vom NS-Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung zum Tode verurteilt. Am 20. April 1945 starb er unter dem Fallbeil im Zuchthaus Brandenburg-Görden.

**Willy Kolbe**, Schlosser und Maschinenbauer, war Mitglied des Deutschen Metallarbeiter Verbandes und sympathisierte mit der KPD. in der Firma Ludwig Loewe & Co. in Berlin-Moabit schloss er sich einer illegalen Gruppe an, die den

Widerstand in diesem Rüstungsbetrieb organisierte. Am 28. September 1944 wurde er verhaftet. Er wird wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt und vom NS-Volksgerichtshof zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 22.2.1945 wird er aus Plötzensee in das Zuchthaus Halberstadt und dessen Außenlager Hausneindorf verlegt, wo er am 21. April 1945 auf dem Evakuierungsmarsch starb. Von ihm gibt es leider kein Foto.

**Rudolf Peter** arbeitete als Buchbinder beim Deutschen Verlag. Dort erhält er Kontakt zur illegalen Gewerkschaftsgruppe und beteiligte sich an der Verteilung illegaler Flugblätter. Er bemühte sich um Kontakte zu ehemaligen sozialdemokratischen Funktionären. Er wurde am 28. August 1944 verhaftet und am 18. Januar 1945 vom Volksgerichtshof zu 4 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust verurteilt. Zur Strafverbüßung wird er ins Zuchthaus Brandenburg-Görden gebracht, wo er am 2. März 1945 ums Leben kommt.



## Termine DIE LINKE Neukölln

## Bezirksvorstand

Donnerstag, 10. Oktober, 24. Oktober  
19.00 Uhr, Richardplatz 16

Mitgliederversammlung  
DIE LINKE Neukölln

Sonnabend, 8. November 2008, um 11 Uhr  
Seniorenfreizeitstätte Böhmisches Dorf in  
der Richardstraße 78 / Ecke Kirchgasse in  
12043 Berlin

Wir wollen gemeinsam die politische Arbeit  
des Bezirksverbandes des zurückliegenden Jah-  
res auswerten, Pläne schmieden für das näch-  
ste Jahr und den Bezirksvorstand wählen.  
Außerdem nominieren wir die Neuköllner Dele-  
gierten und Ersatzdelegierten für den Landes-  
parteitag unserer Partei.

## Tagesordnungsvorschlag:

1. Begrüßung und Konstituierung
2. Bericht und Entlastung des Bezirksvorstands
3. Wahlen des Bezirksvorstands
4. Wahlen der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Landesparteitag
5. Sonstiges

## BO Demokratische Linke

Montag, 13. Oktober, 19.30 Uhr  
Richardplatz 16

## BO Hermannstraße

Mittwoch, 22. Oktober, 19.00 Uhr  
Thema: Öffentlicher Beschäftigungssektor  
Jonasstraße 29 (Salvador-Allende-Zentrum)

## BO Rixdorf

Freitag, 18. Oktober, 19.00 Uhr  
Freitag, 31. Oktober, 19.00 Uhr  
Richardplatz 16

## Galerie Olga Benario

Richardstraße 104, 12043 Berlin

Ausstellung „Steh' auf Arthur, heute ist  
Revolution“. Momentaufnahmen der deutschen  
Revolution von 1918/1919.

Donnerstag, 16. Oktober, 19.30 Uhr:  
Ausstellungseröffnung

Donnerstag, 23. Oktober, 19.30 Uhr:

Dokumentarfilme „Giftgas“ und „Novemberre-  
volution 1918“

Donnerstag, 30. Oktober, 19.30 Uhr:

Stätten der Revolution in Berlin. Diavortrag von  
Diethart Kerbs

Donnerstag, 6. November, 19.30 Uhr:

„Karl Liebknecht und die Novemberrevolution“.  
Annelies Laschitzka liest aus: „Die Liebknechts.  
Karl und Sophie – Politik und Familie“

## Impressum

neu-köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE, Landesverband Berlin  
Auflage dieser Ausgabe: 1.500 Exemplare

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln  
Richardplatz 16, 12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19

Redaktionsschluss: 3. Oktober 2008

Beiträge für die nächste Ausgabe bitte bis zum  
22. Oktober 2008

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht  
der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

neu-köllnisch · Oktober 2008

# Regelsatzerhöhung jetzt!

Die Mitglieder der Basisorgani-  
sation Rixdorf der LINKEN  
unterstützen die Initiative zur  
Erhöhung des Eckregeldatzes  
für Hartz-IV-Empfänger und wol-  
len dafür auf die Straße und vor  
das Job-Center gehen.

Auf der Mitgliederversammlung der BO  
Rixdorf im September fand die Initiative  
des Bezirksverbandes Tempelhof-Schö-  
neberg Zustimmung, der sich an die Fraktion  
der LINKEN im Abgeordnetenhaus gewandt  
hatte, sich im Berliner Senat für eine Bundes-  
ratsinitiative zur Erhöhung der Regelsätze für  
mindestens 435 Euro einzusetzen. Das wollen  
die Rixdorfer mit einer Unterschriftensammlung  
unterstützen. Zustimmung zu dieser Absicht  
kam inzwischen auch vom Neuköllner Bezirks-  
vorstand der LINKEN.

Konkret soll mit der Bundesratsinitiative  
angestrebt werden:

1. den Eckregelsatz für das SGB XII und ana-  
log für das SGB II auf mindestens 435 Euro an-  
zuheben.

2. die jährliche Anpassung der Regelsätze  
nicht länger an dem aktuellen Rentenwert aus-

zurichten, sondern an der Entwicklung der Le-  
benshaltungskosten.

3. alle Sanktionen und Strafen abzuschaffen,  
die zur Folge haben, dass ein menschenwürdi-  
ges Existenzminimum unterschritten wird.

Warum eine sofortige Regelsatz-  
erhöhung notwendig ist

Immer mehr Menschen haben immer weni-  
ger Geld, mit dem sie für das Allernötigsten  
immer mehr bezahlen müssen. Die jährliche  
Teuerungsrate lag im Mai 2008 wieder über drei  
Prozent. Vor allem die Preise von Waren, die zur  
unverzichtbaren Grundversorgung gehören,  
sind in den letzten 12 Monaten geradezu explo-  
diert. So stiegen die Preise für Molkereiproduk-  
te und Eier seit Mai 2007 um 17,9 Prozent, die  
für Speisefette und -öle um 15,4 Prozent, für  
Brot und Getreideerzeugnisse um 8,9 Prozent,  
für Obst um 8,4 Prozent – um nur einige Bei-  
spiele zu nennen. Betroffen von diesen Preiser-  
höhungen sind vor allem Geringverdiener, da  
diese einen überdurchschnittlichen Anteil ihres  
Einkommens für Güter des täglichen Bedarfs  
ausgeben müssen. Auch von der Erhöhung der  
Mehrwertsteuer um gleich drei Prozentpunkte  
sind Menschen mit geringem Einkommen über-  
proportional betroffen.



Zur Unterstützung für eine Bundesratsinitiative zur Erhöhung des Eckregelsatzes wollen die Mitglie-  
der der BO Rixdorf aktiv werden, zum Beispiel vor dem Job-Center Neukölln in der Sonnenallee.

## Filmfestival globale08

Die fünfte „globale“, ein politi-  
sches Filmfestival, wird in die-  
sem Jahr vom 15. bis 21. Okt-  
ober stattfinden im Kino Movie-  
mento in Kreuzberg/Neukölln  
(Kottbusser Damm), wo auch  
das Festivalzentrum ist.

Die Themenschwerpunkte sind diesmal:  
**Migration**. Der prekäre Weg von Migran-  
tInnen und deren Lebensbedingungen  
in der „Festung Europa“. **Nahrung**. Saatgutmo-  
nople, der globale Kampf von Bauern um

Selbstbestimmung und die verheerenden Fol-  
gen der Biospritproduktion. **G8 und Protest**. Die  
„globale“ lädt ein zur Diskussion über Zukunft  
der Bewegung und Formen des Protests. **Gentri-  
fication und Lifestyle-Apartheid**. Mediaspree  
Berlin: „Gentrifizierung“ und das Bedürfnis nach  
„aparten“ Lebensstilen ist kein Naturereignis,  
sondern funktioniert marktgerecht und ist poli-  
tisch gewollt. **Arbeit, Prekarisierung**, „social fa-  
brik“. Arbeit als Ausbeutung, Arbeitslosigkeit  
als Druckmittel.

Internetadresse ist  
[www.globale-filmfestival.org](http://www.globale-filmfestival.org)

DIE LINKE Berlin-Neukölln